

# „Die Ampeln sind auch nicht mein Traum“

**VERKEHR** Bürgermeisterin appelliert an die Politik: Wir müssen dieses Jahr am Bummert handeln

Einen Fall wie in Leer habe man noch nicht erlebt, erklärt die Kommunalaufsicht. Hier blockieren die Ratsmitglieder die Umsetzung einer verkehrsbehördlichen Anordnung.

VON PETRA HERTERICH

**LEER** - Die Ampeln müssen an den Bummert – das hat Bürgermeisterin Beatrix Kuhl (CDU) am Mittwoch erneut betont. Noch in diesem Jahr müsse mit dem Bau begonnen werden. „Der Landkreis hat uns deutlich zu verstehen gegeben, dass wir handeln müssen“, erklärte Kuhl. Sie hoffe auf ein Einlenken der Politik.

Die hatte sich, wie berichtet, vehement gegen die sieben Signalanlagen mit insgesamt 14 Ampeln ausgesprochen und die nötigen Mittel dafür aus dem Haushalt gestrichen. Am kommenden Dienstag steht die Kreuzung zwischen Heisfelder-, Ubbo-Emmius- und Friesenstraße erneut auf der Tagesordnung des Ausschusses für Energie, Klima, Umwelt und Verkehr.

Im Vorfeld appellierte die Bürgermeisterin erneut an



Bisher darf man von der Ubbo-Emmius-Straße nur nach rechts in die Heisfelder Straße abbiegen. Die Verwaltung will auch eine Linksabbiegerspur realisieren.

BILD: ORTGIES

die Politik: „Die Unfallkommission hat unmissverständlich gesagt, es muss eine Ampel her. Die Verwaltung hofft auf eine entsprechende Entscheidung“, erklärte Kuhl.

Es gibt zwei mögliche Varianten für den Bummert: die sieben Anlagen mit insgesamt 14 Ampeln – der Um-

bau kostet rund 248 000 Euro. Oder die Möglichkeit, zusätzlich noch eine Linksabbiegerspur aus der Ubbo-Emmius- in die Heisfelder Straße Richtung stadtauswärts einzurichten. In dem Fall lägen die Kosten bei 463 000 Euro. Die Verwaltung spricht sich für die zweite, teurere Variante

aus, um damit auch den Verkehr aus der Weststadt zu bekommen. Für die Finanzierung würde man zum Teil Geld aus bereits bewilligten Mitteln aus den Vorjahren nehmen (260 000 Euro) und aus dem Sanierungs-Topf für die Soziale Stadt Ost

(203 000 Euro). Dafür brauche man die Zustimmung der Politik.

„Es ist ja wirklich nicht mein persönlicher Traum, dass am Bummert Ampeln aufgestellt werden. Sondern die Stadt ist aufgrund der Verkehrssituation dazu verpflichtet“, betont Kuhl. Ihre Befürchtung sei, dass der Landkreis irgendwann „den nötigsten Umbau anordnet und wir dann keine Chance mehr auf eine Linksabbiegerspur haben“. Man müsse einsehen, dass man um die Ampeln nicht herumkomme. Der Landkreis als Kommunalaufsicht habe in seinem letzten Schreiben dazu eindeutig Stellung bezogen.

Dort wartet man jetzt auf „einen Bericht der Stadt“, erklärt Landkreissprecher Jens Stöter. Einen Fall wie in der Stadt Leer – in dem eine verkehrsbehördliche Anordnung nicht umgesetzt werden könne, weil die Politik dafür das Geld nicht zur Verfügung stelle – kennt er bisher nicht. „Vergleichbares haben wir noch nicht erlebt“, stellt Stöter klar. Welche Maßnahmen die Kommunalaufsicht ergreife, wenn der Bau der Ampeln weiter durch die Politik blockiert werde, könne er deshalb noch nicht sagen.